

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

ersch. Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Blotn. Betriebs-
störungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung
des Bezugspreises.



**Einzigste älteste und gelesenste Zeitung
von Laurahütte-Siemianowik
mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.**



Anzeigenpreise: Die 8-gespaltenen mm=31. für Polnisch-
Oberh. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gespaltenen mm=31.
im Reklameteil für Poln.-Oberh. 60 Gr., für Polen 80 Gr.
Bei gerichtl. Beirztung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen

Geschäftsstelle: Siemianowice (Ślaskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Fernsprecher Nr. 501

Nr. 71

Mittwoch, den 7. Mai 1930

48. Jahrgang

Der Staatspräsident vor der Entscheidung

Einberufung des Sejms für den 22. Mai? — Slawek bei Pilsudski — Die Aktion des Centrolems

Warschau. Die Vertreter der Opposition, der Centrolew, tritt am Dienstag zur letzten Beratung zusammen, in welchem der Antrag an den Staatspräsidenten betreffend der Einberufung einer außerordentlichen Sejmtagung vorbereitet wird. Der Antrag soll noch im Laufe des nachmittags dem Staatspräsidenten unterbreitet werden, so daß der Sejm voraussichtlich am 22. Mai zur ersten Sitzung zusammentritt.

In den Abendstunden am Montag hatte der Ministerpräsident Slawek eine längere Unterredung mit dem Kriegsminister Pilsudski, wobei wichtige Entscheidungen getroffen sein sollten. Slawek wird sich am Dienstag zum Staatspräsidenten begeben, um bezüglich der Einberufung des Sejms neue Beschlüsse zu unterbreiten.

Die Opposition ist auf Neuwahlen vorbereitet und die Exekutive der P. P. S. hat bereits beschlossen, für die kommenden Neuwahlen eine Einheitsfront der Parteien des Centrolew zu schaffen. Die Entscheidung, ob solcher Vorschlag zustande kommt, soll in der Dienstagssitzung der Opposition fallen.

Die Entscheidung, ob solcher Vorschlag zustande kommt, soll in der Dienstagssitzung der Opposition fallen.

Zaleskis Antwort auf die deutschen Vorstellungen

Berlin. Der deutsche Gesandte in Warschau, Ranscher, ist am 2. Mai bei dem Außenminister Zaleski wegen der Ueberfliegung deutschen Gebiets durch polnische Militärflugzeuge vorstellig geworden. In dieser Unterredung bedauerte Zaleski die Vorgänge und erklärte, er habe die verantwortlichen Stellen zur Rede gestellt und eine Untersuchung angeordnet, die bereits im Gange ist. Der Minister fügte hinzu, daß die Vereinbarung vom 12. Oktober 1929, nach der polnische Militärflieger, die deutsches Gebiet überfliegen, bestraft würden und die polnische Regierung weitere Vorkommnisse zu verhindern suchte, weiterhin in Kraft sei.



Zur Verhaftung Gandhis

Der Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung Mahatma Gandhi ist auf Befehl der englischen Regierung wegen „Gefährdung der öffentlichen Ruhe in Indien“ verhaftet worden. Die Nachricht von der Verhaftung Gandhis hat in ganz Indien tiefen Eindruck gemacht.

Gandhi in Schutzhaft

Generalstreik in Indien — Eine neue Phase im indischen Unabhängigkeitskampf

Berlin. Abbas Inabji, den Gandhi zur Führung seiner Freiwilligen im Falle seiner Verhaftung bestimmt hatte, hat, wie Berliner Blätter aus Bombay melden, seinen Posten angetreten. Aus Lahore wird gemeldet, daß auf die Nachricht von der Verhaftung Gandhis hin alle Schulen geschlossen wurden. 15 Freiwillige, Mitglieder des Kongresses wurden bei der Bildung von Posten vor den Geschäften, die ausländische Stoffe verkanften, verhaftet. Eine Massenversammlung von mehr als 100 000 Personen wurde in Bombay abgehalten. Die Teilnehmer forderten die Anwesenden auf, weiterhin keine Gewalt anzuwenden und den Kampf fortzusetzen und beglückwünschten Gandhi zu seiner Verhaftung. In einigen großen Betrieben ist der Generalstreik beschlossen worden.

Anweisung hatte, ihn zu verhaften. Gandhi fragte nach dem Grund, worauf der Haftbefehl verlesen wurde. Gandhi machte sich dann sofort bereit, gab einem seiner Mitarbeiter einen Brief an den Bischof Lord Irwin und ersuchte einen anderen, die Hymne zu singen.

Er selbst nahm sein tragbares Spinnrad mit sich und wurde jedoch in einem Lastauto zum Bahnhof, von dort in einem Bombayer Postzug bis Borivali, etwa 35 Kilometer von Bombay, gebracht. Dort wurde er zu einem Polizeiauto geführt, das mit herunter gezogenen Scheibengardinen ausgerüstet war, um nach außen hin den Eindruck zu erwecken, als ob sich eine verkleidete indische Frau darin befände. Die Ankunft in dem sehr weit entfernten Gefängnis von Yeroda ging glatt vonstatten.

Die Nachricht von Gandhis Verhaftung wurde in Bombay von Kongressfreiwilligen mit Glockengeläute verbreitet. Das Publikum wurde aufgefordert, die Arbeit einzustellen und den heutigen, sowie den morgigen Tag als Nationaltrauertag zu begehen. Die Devisen-, Baumwoll- und Saatbörsen wurden geschlossen. Die Bombayer Regierung hat außer den bereits gemeldeten Maßnahmen zwei Abteilungen eines englischen Infanterieregiments im Zentrum der Baumwollspinnerei-Industrie und in der Nähe eines Polizeihauptquartiers stationiert. Als weitere Vorsichtsmaßnahme wurde ein Freiwilligendienst für die Aufrechterhaltung der Ordnung mit Lastautos eingerichtet.

Wie Gandhi verhaftet wurde

London. Ueber die Verhaftung Gandhis werden folgende Einzelheiten gemeldet: Gandhi befand sich in seinem Lager, einer kleinen Stadt etwa 225 Kilometer von Bombay. Kurz vor 1 Uhr nachts erschien der Bezirksrichter, der Polizeichef, sein Stellvertreter und 20 bewaffnete Polizisten am Lager Gandhis. Gandhi war fest eingeschlafen. Die Polizei richtete einen grellen Taschenlampenstrahl auf sein Gesicht. Gandhi erwachte und fragte nach den Wünschen der Polizei, worauf ihm mitgeteilt wurde, daß man

Bewaffnung der Europäer in Bombay

London. Im Anschluß an die Verhaftung Gandhis sind in Bombay neben sehr starken Polizeikräften auch starke Abteilungen britischer Truppen bereit gestellt worden, um etwaige Unruhebewegungen sofort im Keime ersticken zu können. Die europäischen Angestellten der Banken und großen Firmen sind mit Waffen, für die Benutzung im Notfall, versehen worden.

Von indischer Seite sind gegenwärtig Versuche im Gange, um einen Generalstreik in Bombay und anderen großen Städten in die Wege zu leiten.

Völkerbund und Finanzhilfe in Kriegszeiten

Genf. In den Verhandlungen des Sicherheitsausschusses über eine finanzielle Hilfeeinstellung des Völkerbundes an angegriffene oder bedrohte Staaten, erklärte der deutsche Vertreter, Goepfert, es sei Erfahrungsgemäß meist außerordentlich schwer festzustellen, welcher Staat in einem Streitfall der eigentlich schuldige sei. Der Schrein könne leicht gegen den wirklich schuldigen Staat sprechen und es wäre bedenklich, wenn der Völkerbundsrat vor einer endgültigen Klärung der Schuldfrage eindeutig zugunsten einer der streitenden Mächte Stellung nehmen würde. Die Vertreter Englands, Italiens, Kanadas und Belgiens forderten, daß dem Völkerbundsrat Handlungsfreiheit hinsichtlich finanzieller Hilfsmassnahmen eingeräumt werde. Die Vertreter Polens und Frankreichs verlangten, daß der Völkerbundsrat in einem Konfliktfalle dem bedrohten Staat finanzielle Hilfe leisten solle.

Wiederaufnahme der ägyptisch-englischen Verhandlungen

Der Kurier in London eingetroffen.

London. Der ägyptische Kurier, der von der ägyptischen Abordnung nach Kairo entsandt worden war, ist am Montag mittags auf dem Flugplatz in Croydon eingetroffen, von wo er sich sofort nach London begeben hat. Die Wiederaufnahme der ägyptisch-englischen Verhandlungen wird voraussichtlich am Nachmittag erfolgen.

Ueber den Inhalt der Weisungen, die der Kurier aus Kairo mitgebracht hat, verlautet nichts Bestimmtes. In gut unterrichteten Kreisen neigt man jedoch zu der Auffassung, daß die ägyptische Abordnung nun auf eine 12-monatliche Vertagung der Verhandlungen hin arbeiten wird, um inzwischen durch einen gemäßigten Ausschuss im Sudan eine Untersuchung der Verhältnisse vornehmen zu lassen.

Vor dem Inkrafttreten des Youngplanes

London. Wie die „Times“ hört, werden die Regierungen von Großbritannien und Italien am Montag den Youngplan ratifizieren. Der Plan werde damit in Wirkksamkeit treten.



England sperrt die indisch-afghanische Grenze

Ein neues Zeichen für die ernste Entwicklung der Lage in Nordwest-Indien ist die Sperrung des Karakoram-Passes an der Straße zwischen Kabul, der wichtigsten Verbindung zwischen Britisch-Indien und Afghanistan. Für die tatsächliche Durchführung dieser Sperrung scheint das auf steilem Berggipfel neben der Passstraße liegende Fort eine gute Gewähr zu bieten.

